

cherheitskontrollen auf den zehn Startflughäfen ergäbe kein vollständiges Bild, wie schon die Zusammensetzung des Zubringerflugs aus Frankfurt zeigt.

Von den 124 Passagieren, die auf Rhein-Main an Bord der Pan-Am-Zubringermaschine gingen, hatten 49 in die Vereinigten Staaten durchgebucht. Von denen wiederum waren neun Fluggäste in Frankfurt lediglich umgestiegen – sie hatten ihre Reise in Rom, Paris, Warschau, Wien und Kuwait begonnen.

Zwar wurde in Frankfurt das Gepäck sämtlicher Transitpassagiere, die nicht mit Pan Am angereist waren, vom Sicherheitsdienst der Fluggesellschaft ebenso durchleuchtet wie sämtliche Koffer der „Ersteinsteiger“. Auch der zunächst verdächtige Dokumentensack einer amerikanischen Großbank war vor

BONN/WASHINGTON

Wie eine Eiterbeule

Den amerikanischen Vorwurf, deutsche Firmen hätten sich am Bau einer Giftgasfabrik in Libyen beteiligt, will die Bundesregierung nicht auf sich sitzen lassen.

In der Morgenlage waren die Kanzlerberater noch tapfer: Diesmal wollten sie den amerikanischen Freunden die Zähne zeigen. Den anhaltenden Beschuldigungen aus Washington, Bonn decke im Libyen des exzentrischen Wüstenherrschers Muammar el-Gaddafi den Bau einer Chemiewaffenfabrik durch westdeutsche Firmen, müsse mit

Wort: Kohl habe Außenminister Hans-Dietrich Genscher „beauftragt“, sich am Rande der Pariser Chemiewaffenkonferenz diese Woche bei seinem US-Kollegen um Aufklärung zu bemühen.

Bereits am Donnerstag voriger Woche hatte der Kanzler Kontakt mit der US-Regierung aufgenommen und gegen die Pressekampagne protestiert. Die Bonner Amerika-Freunde sind ratlos und sauer auf ihre barschen Bündnisführer in Washington (siehe Titelgeschichte Seite 88). Sie konnten sich Ende voriger Woche keinen Reim darauf machen, warum die Amerikaner beständig behaupten, sie hätten Kohl Mitte November vergangenen Jahres Beweise für die Beteiligung der Firma Imhausen-Chemie und anderer deutscher Unternehmen am Bau einer Giftgasfabrik in Libyen übergeben.

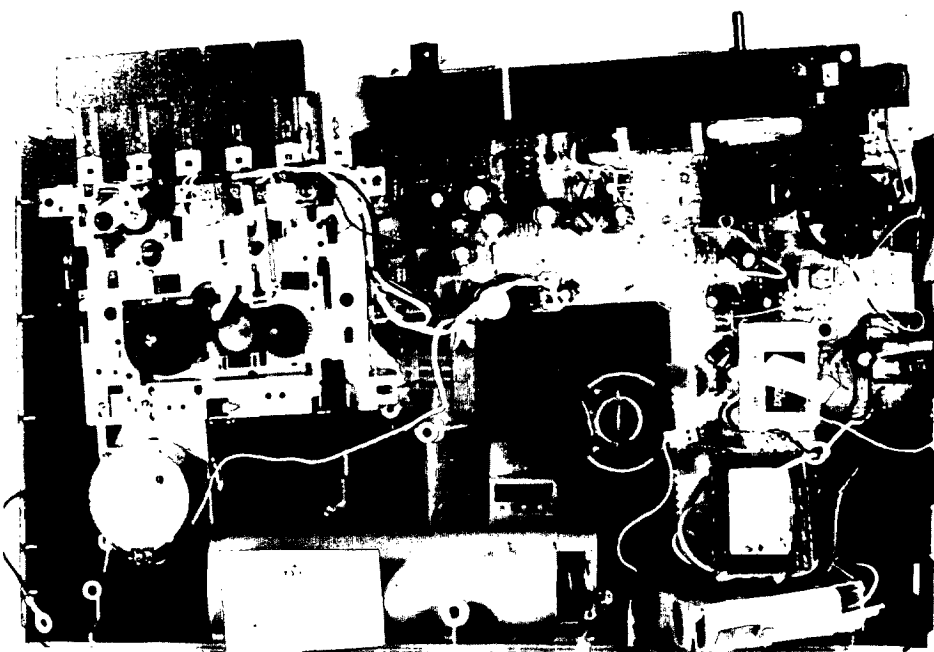
US-Außenminister George Shultz schob letzten Donnerstag, unbeeindruckt von Bonner Dementis, nach: Der Kanzler habe die Beweise nicht nur bekommen, die Regierung sei von ihrer Richtigkeit auch „ganz gut überzeugt“.

„Gerichtsverwertbare Beweise“ haben die Amerikaner den verzagten Bonnern nicht überlassen, beteuert das Kanzleramt, allenfalls nachrichtendienstliche Erkenntnisse, jedenfalls „keine konkreten Hinweise“; und selbst die US-Mission in Bonn hatte keinen Beleg für die Vorwürfe der eigenen Regierung. Kohl und sein Vize Genscher indessen seien „sehr bestürzt“ (Ost) über den schlimmen Verdacht gewesen und hätten nach der Rückkehr des Kanzlers aus den USA mit den Recherchen begonnen.

Die Untersuchungen der Freiburger Zollfahndung bei der Firma Imhausen-Chemie im badischen Lahr und die Ankündigung, „notfalls gesetzliche Änderungen“ des Außenwirtschaftsrechts (Genscher) vorzunehmen, ließen die US-Administration unbeeindruckt. Die zuständige Oberfinanzdirektion Freiburg hat „keine Anhaltspunkte“ für die Ausfuhr chemischer Anlagen ins Gaddafi-Reich gefunden – jedenfalls nicht in den Akten dieser Firma.

Aber das Image einer „Geldsack-Republik, in der das mieseste Geschäft Vorrang hat vor Moral und Mitverantwortung“, so der SPD-Abgeordnete Hermann Scheer, war den Deutschen von den US-Medien längst aufgedrückt worden. In dieser „Massivität“, entsetzte sich CDU/CSU-Fraktionsvize Volker Rühle, habe er die „Stimmungsmache“ gegen die Deutschen noch nicht erlebt. Und ein Genscher-Vertrauter fand die ganz undiplomatische Formel: „In der deutschen Scheiße rühren ist in Amerika ein beliebtes Gesellschaftsspiel.“

Das Unbehagen über die „häßlichen Deutschen“, die doch eigentlich den Krieg verloren und sich trotzdem zur stärksten Exportnation der Welt aufgeschwungen hätten, fanden auch die Analytiker im Kanzleramt, sei aufgegangen „wie eine Eiterbeule“. Die angebliche Gaddafi-Connection bringt die Deut-



Toshiba-Radio-Bombe mit „Semtex“-Sprengstoff: Alarm für Kontrollstellen

dem Start in Frankfurt „im Beisein eines Sicherheitsbeamten“ (ein Pan-Am-Sprecher) umgepackt worden.

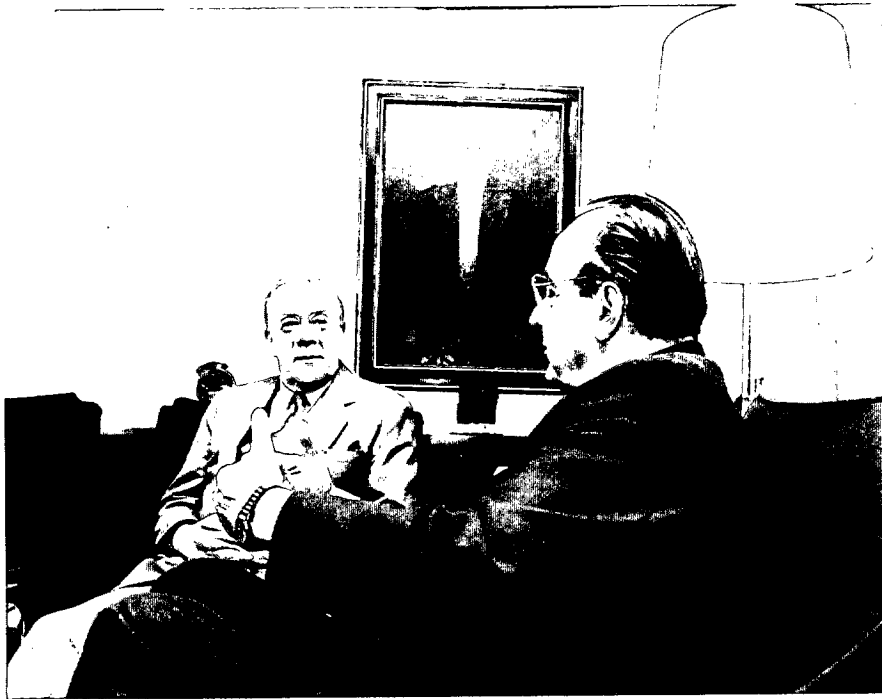
Doch derlei Vorkehrungen nutzen nichts gegen Bomben aus modernem Plastiksprengstoff, der in jede Form gepreßt und mit jedem gewünschten Geruch getarnt werden kann. Den Beweis dafür lieferten ausgerechnet Experten der Polizei, nachdem sie im Oktober das Auto des Syrers Dalkamoni in Neuss sichergestellt hatten.

Der Ford wurde zwar ausgiebig gefilzt, doch drei Tage lang blieb die Bombe im Radio mit ihren 300 Gramm Semtex und dem Spezialzünder unentdeckt. Selbst ein Polizeihund, der, auf Sprengstoff abgerichtet, das Gefährt im Hof des Düsseldorfer Polizeipräsidiums beschnüffelte, gab keinen Alarm. Erst die Topexperten des Bundeskriminalamts enttarnten später den Sprengsatz.

einer „starken“ Erklärung entgegengetreten werden.

Dem Kanzler, so ein Helfer Helmut Kohls, gehe es „über die Hutschnur“, von den Verbündeten in Washington so an den Pranger gestellt zu werden, wie es die „New York Times“ mit den Worten tat, die Deutschen bauten gerade ein „Auschwitz im Wüstensand“ – und mit der leichtfertigen Unterstellung, Libyen wolle mit deutscher Hilfe Israel den Garaus machen.

Doch als Kohl-Sprecher Friedhelm Ost am vergangenen Freitag öffentlich zurückblaffen sollte, waren die Töne moderat: „Form und Inhalt“ der Diskussion, hatte er mitzuteilen, seien „nicht hilfreich“. Und: „Es dient nicht der deutsch-amerikanischen Freundschaft, über die Medien mit Vermutungen, von denen man überzeugt ist, zu operieren.“ Ein Genscher-Gehilfe entdeckte in der Ost-Suada „nur ein starkes



US-Außenminister Shultz, Kollege Genscher: „Das müssen wir abdrehen“

schen auf die Anklagebank – auf die nach Bonner Meinung aber die Amerikaner gehörten: Die USA waren mit 11,5 Milliarden Dollar 1987 nicht nur größter Rüstungsexporteur der westlichen Welt, gefolgt von Frankreich (3,6 Milliarden) und Großbritannien.

Sie lagern nach der Sowjet-Union auch die größten Vorräte an chemischen Waffen – nach jüngsten Schätzungen 45 000 bis 150 000 Tonnen. Und es sind vor allem die Amerikaner, die seit Monaten auf der Genfer Konferenz eine Einigung über eine Ächtung der C-Waffen verhindern. In Paris, wo am vorigen Wochenende ein weiteres, vornehmlich propagandistisches internationales Palaver über chemische Abrüstung begann, haben die Westdeutschen erst einmal den Schwarzen Peter.

Auch im Umgang mit ihrem Verbündeten Israel kommt der Regierung in Washington zupaß, die Deutschen als Freunde des Judenfeindes Gaddafi darstellen zu können; so gerät vielleicht – wie manche Bonner Analytiker glauben – in der jüdischen Gemeinde New Yorks in den Hintergrund, daß US-Diplomaten gerade zarte Bande zu PLO-Chef Jassir Arafat knüpfen.

Die Unterstellung, Deutsche wollten um jeden Preis auch unmoralische Erzeugnisse exportieren, trifft vor allem den Außenminister hart, der in Paris als Vorkämpfer gegen alle C-Waffen – Bonn hat 1954 feierlich auf deren Herstellung verzichtet – auftreten wollte. Genscher strikt: „Ich will nicht, daß Deutsche an der Produktion von Vernichtungswaffen beteiligt sind.“

Für den Außenminister ist das eine klare Sache. Es dürfe eben keinen Ingenieur geben, der sein Wissen nutze, um jenseits der Grenzen Vernichtungswaf-

fen zu bauen. Genscher im Brustton der Überzeugung: „Diese Art von Brain-Drain müssen wir abdrehen.“

Am vergangenen Donnerstag berieten die Abteilungsleiter der zuständigen Ministerien über die juristische Umsetzung des Politikerworts. Da kamen vor allem Bedenken auf.

Im Normalfall endet der Strafanspruch des bundesdeutschen Strafrechts an den Grenzen. Für einige Delikte aber, zum Beispiel Rauschgifthandel oder Geldfälscherei, gilt das „Weltrechtsprinzip“. Diese Delikte sind in den Paragraphen 5 und 6 des Strafgesetzbuches gesondert aufgeführt, sie werden als so „böse“ eingestuft, daß sie in der Bundesrepublik bestraft werden, unabhängig davon, wo sie begangen worden sind.

Nun wäre es rechtlich einfach, den Bau von C-Waffen-Fabriken oder die Produktion von Plutonium für Nuklearbomben in den Katalog der weltweit zu verfolgenden Delikte aufzunehmen. Allerdings dürfte man dann keinen Unterschied zwischen „guten“ und „bösen“ Ländern machen. Das heißt: Ein deutscher Wissenschaftler, der in den USA an Atombomben baut, müßte daheim ebenso mit Strafe rechnen wie ein Wissenschaftler, der in Pakistan tätig wird.

Das ist aber, da sind sich die Regierungsjuristen einig, so nicht möglich. Denn schließlich, so die offizielle Doktrin auch Bonns, hängt der Frieden von der Abschreckungskraft der Atomwaffen Washingtons ab, und die USA beharren darauf, C-Waffen für die Abschreckung produzieren und lagern zu müssen. Eine Mitwirkung am Frieden durch Abschreckung aber dürfe doch wohl nicht strafbar sein.

Bedenken erhoben die Ministerialdirektoren auch gegen Vorschläge, im In-

land transparenter zu machen, welche Firmen überhaupt sensible Technologie in Atom- oder Chemiewirtschaft produzieren. Die Idee, diesen Firmen eine Meldepflicht aufzuerlegen, wird zwar auch noch verfolgt. Vorher aber soll ermöglicht werden, vorhandene „Informationsquellen zu vernetzen“.

Ein Beispiel: Bislang werden Ausführerklärungen von den Zollbehörden angenommen und an das Statistische Bundesamt weitergegeben. Dort unterliegen sie dem Statistikgeheimnis. Für eine vorbeugende Kontrolle geben sie also nichts mehr her. Wenn diese Informationen von den Behörden gekoppelt werden könnten etwa mit Angaben von Unternehmen, die eine Berechtigung zum Umgang mit Kernbrennstoffen hätten, ließen sich vielleicht vorbeugende Kontrollen organisieren.

Und schließlich denken die Bonner daran, die Ausfuhr von Blaupausen und Know-how für Chemiefabriken genehmigungspflichtig zu machen; so soll eine schlimme Lücke im Außenwirtschaftsrecht geschlossen werden.

Solch zaghafte Erwägungen werden die Washingtoner Ankläger nicht irremachen, sondern in ihrem Verdacht bestärken, ein möglichst ungestörter Export sei den westdeutschen Verbündeten allemal wichtiger, als den einen oder anderen illegalen oder halblegalen Verkauf sensibler Waffen an fragwürdige Kunden zu unterbinden. Dazu kommt: Weder Kanzler noch Wirtschaftsminister, weder Union noch FDP denken daran, das liberale deutsche Außenwirtschaftsrecht etwa im Sinne des amerikanischen zu verändern.

In den USA sind alle Exporte grundsätzlich verboten, die nicht genehmigt sind. In der Bundesrepublik ist jeder Export erlaubt. Bestimmte Güter bedürfen allerdings einer Sondergenehmigung. Kontrollen finden aber praktisch nur auf dem Papier statt.

Deshalb war in der Vergangenheit auch oft etwas dran, wenn der US-Geheimdienst von verbotenen oder fragwürdigen Nuklearexporten an Kunden wie Pakistan, Südafrika oder Indien berichtet hatte (siehe Seite 32). Und deshalb sind die neuen, bössartigen Vorwürfe einer deutschen Teilhabe an Gaddafis Giftgas-Kriegsplänen bei US-Journalisten besonders glaubwürdig.

Doch diesmal scheinen die Amerikaner falsch zu liegen. Denn in Rabita bei Tripolis entsteht nicht nur eine kleine chemische Fabrik in einer Größenordnung von rund 100 mal 150 Metern, sondern ein ganzes „Technologie-Center“. Dabei wäre es besonders unsinnig, in jedem Fall aber riskant, eine Fabrik für chemische Waffen in direkter Nachbarschaft zu neuangesiedelten High-Tech-Firmen zu bauen. Die USA aber stellen die Sache dar, als ob auf dem ganzen Gelände eine riesige Giftgasfabrik aufgezogen werden sollte.

Deutsche Unternehmen sind im Center wie selbstverständlich im Spiel. Ver-

mittelt über die Frankfurter Niederlassung der Firma Ihsan Barbouti International des Irakers Ihsan Barbouti, verkaufte etwa die Frankfurter Baumaschinenfirma Bischoff KG „einige Autos und Werkzeuge wie Schraubenzieher“ (ein Firmensprecher) nach Libyen. Die Preussag-Filiale in Darmstadt hat den libyschen Technologiepark mit Wasserbehandlungstechnik versorgt.

Der Export, so Preussag-Sprecher Friedrich Meyer, sei vom Bundesamt für Wirtschaft auf Wunsch seines Unternehmens „sorgfältig geprüft“ und für unbedenklich erklärt worden.

Die Thyssen Bausysteme GmbH in Dinslaken verhandelte 1985 „auftragsnah“ über Hallenbauteile, das Geschäft scheiterte aber an der Finanzierung. Insgesamt etwa 25 Unternehmen aus der Bundesrepublik verdienten am Bau in der Wüste.

ATOMINDUSTRIE

Jede Menge

Der deutsche Siemens-Konzern hilft den bislang verfeindeten Nachbarländern Indien und Pakistan beim Betrieb von Atomanlagen.

Daß einer der beiden Kernreaktoren der Tarapur Power Station (Taps) wegen eines defekten Ventils wieder einmal stilllag, kam den indischen Atommanagern ausgesprochen gelegen. So konnten sie, im Juni 1983, den Kollegen aus der Bundesrepublik anschaulich demonstrieren, wie anfällig die Nuklearanlage war und wie nötig sie Ersatzteile brauchten.

Denn der Erbauer der beiden 210-Megawatt-Siedewasserreaktoren, der US-

als Grundlage für die künftigen Geschäftsbeziehungen auszuarbeiten und vorzulegen.

Es entwickelte sich ein schwunghafter Handel mit hochsensiblen Nuklearzubehör, bis ins vergangene Jahr hinein. So lieferte Siemens/KWU beispielsweise Detektoren, die im Reaktorkern die Neutronenflußdichte messen, die schnell verschleifen und entsprechend häufig ausgetauscht werden müssen.

Das elektronische Meßgerät, das die Reaktorleistung überwacht und Störfälle signalisiert, ist gemäß Ziffer 0203d der Anlage zur Außenwirtschaftsverordnung genehmigungspflichtig. Und Bonn hat die Lieferung tatsächlich erlaubt.

In eine ähnliche Notlage wie der damalige Erzfeind Indien war auch Pakistan beim Betrieb seiner Atomanlage geraten. Der Hersteller des Reaktors Karachi Nuclear Power Project (Kanupp), das kanadische Unternehmen Canadian General Electric, hatte 1980 wegen des von Kanada verhängten Embargos die Geschäftsbeziehungen zu Pakistan abgebrochen.

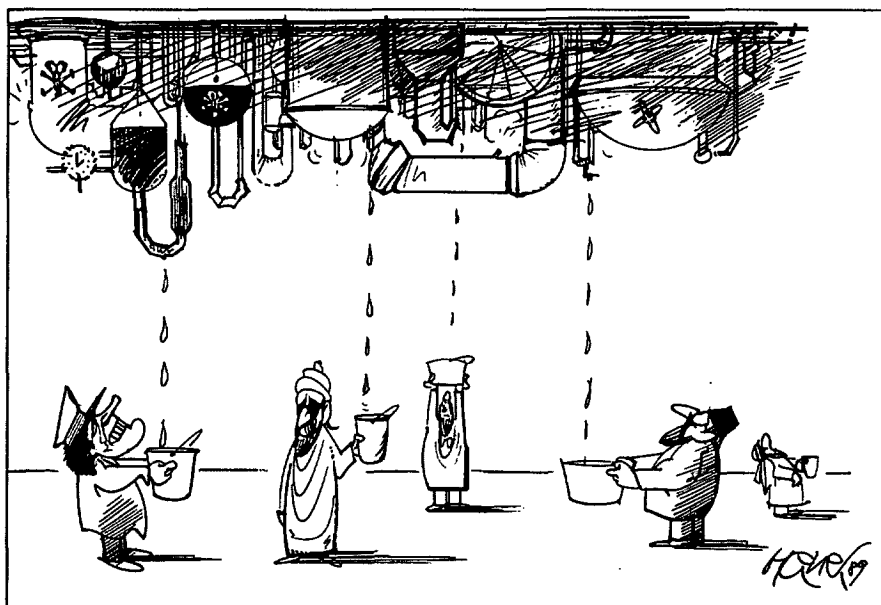
Der asiatische Staat, der dem Non-Proliferationsabkommen nicht beigetreten ist, verfolgte den Plan, gemeinsam mit Libyens Staatschef Muammar el-Gaddafi die „islamische Bombe“ zu bauen. Dafür war der Kanupp-Reaktor vom Typ „Candu“ unerlässlich. In dem Schwerwasser-Meiler, der mit Natururan gespeist wird, fällt als Nebenprodukt waffentaugliches Plutonium an.

Wieder waren Manager des deutschen Kraftwerkbauers Siemens/KWU zur Stelle. Im Februar 1986 inspizierten sie die Kanupp-Anlage. Die pakistanischen Betreiber legten, wie sie notierten, eine lange Wunschliste vor: Sie wollten vor allem eine neue Elektronik für den Reaktor, einen Simulator und jede Menge „Know-how“.

Die Geschäftsbeziehungen zwischen dem pakistanischen Nuklearunternehmen, das weltweit im Verdacht steht, Plutonium für die Bombe zu produzieren, und dem deutschen Siemens-Konzern ließen sich gut an. Als erstes wurden pakistanische Ingenieure in deutschen KWU-Betrieben geschult.

Und vor rund einem Jahr gab der pakistanische Partner bei Siemens/KWU eine konkrete Lieferung in Auftrag: Systeme für die Neutronenflußmessung im Reaktor zum Preis von rund einer Million Mark. Es handelt sich, wie schon bei dem indischen Atomkraftwerk in Tarapur, um Teile, die für den Betrieb des Reaktors unerlässlich sind.

Daß der Elektro-Multi Siemens als Reparaturbetrieb in den atomaren Schwellenländern Indien und Pakistan einspringt, die von Amerika wegen des Verdachts der militärischen Nutzung ihrer Kernanlage boykottiert werden, bringt die deutsche Atomindustrie und die Bonner Wächter über die rein friedliche Verwendung der Produkte international abermals in Verruf. Die Vorwürfe,



Rheinischer Merkur

Made in Germany

Die libysche Giftküchen-Affäre könnte schnell geklärt werden, wenn Gaddafi sich einer internationalen Inspektion der Produktionsanlagen unterwürfe.

Zwar könnten – aus Sicht von Experten (siehe Seite 169) – solche Kontrollen manipuliert werden, indem die Produktion kurzfristig von C-Waffen auf andere Stoffe umgeschaltet wird. Dann aber müßte Gaddafi sich grundsätzlich gegen eine laufende internationale Überwachung seiner Chemieanlagen wehren, wie es die USA derzeit bei ihren Fabriken tun – aber das will er wohl gar nicht.

Jürgen Hellner, Bonns Botschafter in Tripolis, funkte letzte Woche, von Genscher zu Gaddafi geschickt, die Antwort auf ein solches Ansinnen in die Bonner Zentrale: Libyen stimme einer internationalen Verdachtskontrolle zu – aber nur, wenn eine solche Maßnahme weltweit eingeführt werde.

Konzern General Electric, hatte auf Geheiß der amerikanischen Regierung schon fünf Jahre zuvor die Lieferung jeglicher Austauschteile gestoppt. Der Grund: Indien hatte 1974 den ersten atomaren Sprengsatz gezündet und sich geweigert, den Atomwaffensperrvertrag zu unterzeichnen, internationale Kontrollen der Nuklearbetriebe wurden nicht gestattet.

Die westdeutschen Besucher versprochen den Taps-Betreibern und der indischen Atomenergiebehörde, anstelle des ausgestiegenen US-Lieferanten einzuspringen – die Helfer waren Manager der zur Siemens AG gehörenden Kraftwerk Union (KWU), Deutschlands größtem Reaktorbauer.

Die KWU-Experten verabschiedeten sich mit der Zusicherung, nach Rücksprache mit dem Bonner Wirtschaftsministerium ein „General Agreement“, wie die indische Atombehörde vermerkte,